

Bilanz zum 31. Dezember 2019
Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH, Ludwigshafen am Rhein

Anlage I
Blatt 1
Passivseite

Aktivseite

	31.12.2019 Euro	31.12.2018 Euro	31.12.2018 Euro
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.033.247,00	2.319.934,00	1.022.600,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.993,00	78.471,00	2.309.900,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	686.994,00	791.562,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	346.317,44	471.787,51	
	<u>3.069.551,44</u>	<u>3.661.754,51</u>	
II. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	99.600,00	99.600,00	
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.030,04	4.751,36	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	210.114,82	188.159,23	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	74.940,39	73.383,70	
	<u>285.055,21</u>	<u>261.542,93</u>	
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	10.453.241,98	10.700.208,36	
	<u>11.635,95</u>	<u>14.740,42</u>	
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
	<u>13.928.114,62</u>	<u>14.742.597,58</u>	
	<u><u>13.928.114,62</u></u>	<u><u>14.742.597,58</u></u>	
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital			
II. Kapitalrücklage	1.022.600,00	1.022.600,00	
III. Jahresüberschuss	2.309.900,00	2.309.900,00	
	0,00	0,00	
B. Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen	1.650.095,52	2.663.137,90	
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	225.883,00	527.349,72	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.769.715,85	1.955.052,75	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	5.934.502,26	6.255.424,21	
	<u>8.930.101,11</u>	<u>8.737.826,68</u>	
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
	15.417,99	9.133,00	
	<u><u>13.928.114,62</u></u>	<u><u>14.742.597,58</u></u>	

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019
Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH, Ludwigshafen am Rhein

Anlage 2

Blatt 1

	2019 Euro	2018 Euro
1. Umsatzerlöse	8.700.390,15	8.687.462,41
2. Sonstige betriebliche Erträge	137.077,84	126.841,75
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-9.299,84	-7.179,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.580.714,55</u>	<u>-2.434.549,64</u>
	-1.590.014,39	-2.441.728,97
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.679.583,09	-1.655.553,98
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-419.420,39</u>	<u>-403.582,88</u>
	-2.099.003,48	-2.059.136,86
5. Abschreibungen		
a) Auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-490.693,48	-591.679,12
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.294.961,54	-2.213.842,49
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	555,99	233,87
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	-27.188,66
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-61.333,67</u>	<u>-69.004,33</u>
10. Ergebnis nach Steuern	2.302.017,42	1.411.957,60
11. Sonstige Steuern	-142.623,25	-128.382,09
12. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	<u>-2.159.394,17</u>	<u>-1.283.575,51</u>
13. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

INHALT

- I. Allgemeine Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung
- II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- III. Angaben zur Bilanz
- IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
- V. Weitere Angaben

I. Allgemeine Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß der §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB, sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) angewendet.

Firmenname laut Registergericht:

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Firmensitz: Ludwigshafen am Rhein

Registereintrag: 01.04.1960

Registergericht: Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein

Register-Nr.: HRB 1150

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Gegenstände des abnutzbaren Sachanlagevermögens wurden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen linearen Abschreibungen, angesetzt. Die Finanzanlagen sind zum Nennwert bilanziert.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu den Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit den Nennwerten bilanziert.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Leistungsansprüche für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag, mit dem anteiligen Nennwert, der vor dem Bilanzstichtag geleisteten Vorauszahlung, aktiviert.

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage sind zum Nennbetrag angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, welcher nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die den Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

III. Angaben zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens des Geschäftsjahres wird in dem beigefügten Anlagespiegel dargestellt.

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Sämtliche Forderungen haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr. Unter diesem Posten sind Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz Gesellschaft mit beschränkter Haftung) in Höhe von € 10.180,21 (Vorjahr € 9.866,60) ausgewiesen.

3. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen im Wesentlichen aus den Kundenkautionen, welche auf Einlagekonten bei Banken angelegt sind. Die Laufzeiten sind größer als ein Jahr.

Alle restlichen **sonstigen Vermögensgegenstände** haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr.

<u>Zusammensetzung:</u>	<u>31.12.2019</u>	<u>31.12.2018</u>
	€	€
Kundenkautionen	74.535,19	70.991,00
Sonstige Forderungen	405,20	2.392,70
	<u>74.940,39</u>	<u>73.383,70</u>

4. Sonstige Rückstellungen

<u>Zusammensetzung:</u>	<u>31.12.2019</u>	<u>31.12.2018</u>
	€	€
Unterlassene Instandhaltung	102.591,21	1.152.820,60
Vereinbarung Mieter	274.321,04	316.786,70
Zinsforderung WSD-West	904.088,76	847.088,76
Verpflichtung zur Zahlung von Altersteilzeitleistungen	49.690,00	56.287,00
Rückdeckung Altersteilzeit	-30.285,56	-31.542,09
Urlaubsrückstände	101.209,00	73.614,00
Tantiemen	40.000,00	40.000,00
Prämien	16.900,00	15.800,00
Jahresabschlusskosten/Steuern	25.791,25	35.000,00
Ausstehende Rechnungen	69.151,08	20.042,03
Rechtskosten	0,00	40.602,16
Selbstbeteiligung Versicherungsschäden	96.638,74	96.638,74
	1.650.095,52	2.663.137,90

Das Deckungskapital für die bestehenden Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von € 30.285,56 (Vorjahr € 31.542,09) wurde nach § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit der Rückstellung für die Altersteilzeit in Höhe von € 49.690,00 (Vorjahr € 56.287,00) saldiert. Das Deckungskapital war dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen. Die Bewertung des Deckungskapitals erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert, der den Anschaffungskosten entspricht.

5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten unter einem Jahr.

6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Geschäftsjahr 2019 bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz (BLAW) ausgewiesen. Alle diese Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

8. Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen enthalten:

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
Bundeszuschüsse für die Errichtung einer Containerumschlaganlage		
Noch nicht zugeordneter Zuschuss 80 %	3.209.660,00	3.209.660,00
Rückzahlbarer Zuschuss/Darlehen 20 %	1.624.661,83	1.949.594,19
	4.834.321,83	5.159.254,19

Von dem nicht rückzahlbaren Zuschuss wurden in den Geschäftsjahren 2004-2005 insgesamt € 21.646.565,24 auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten der einzelnen Wirtschaftsgüter übertragen. Nach Abrechnung mit der Förderstelle müssen eventuell aus dem noch nicht zugeordneten Zuschuss noch vorhandene Mittel, welche nicht auf andere Wirtschaftsgüter übertragbar sind oder von der Förderstelle nicht anerkannte Ausgaben, zurückgegeben werden. Die Tilgung des zinsfreien rückzahlbaren Darlehens erfolgt in zwanzig gleichen Jahresraten jeweils zum 30.06. eines Jahres, beginnend am 30.06.2005. Im Laufe des Jahres 2008 wurde ein überschlägig ermittelter Betrag in Höhe von € 1.138.364,07 an den Zuschussgeber zurücküberwiesen. Der Schlussbericht und der Verwendungsnachweis wurden im April 2017 bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Münster (GDWS) eingereicht. Die Prüfung der eingereichten Unterlagen steht noch aus.

Im Jahr 2010 konnte der Zahlungseingang eines Vorschusses in Höhe von € 1.000.000,00 für die Beseitigung von Werkmängeln bezüglich des Densiphaltbelages Containerterminal Kaiserwörthhafen verzeichnet werden. Die Verbuchung erfolgte unter den sonstigen Verbindlichkeiten. Die Zahlung wurde auf Grundlage eines Beschlusses des Oberlandesgerichts Zweibrücken geleistet. Der Vorschuss stellt jedoch nichts Endgültiges dar, sondern muss abgerechnet werden. Gegebenenfalls kann eine Nachzahlung oder auch Rückerstattung verlangt werden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben in Höhe von € 4.634.772,79 (Vorjahr € 4.559.771,38) Restlaufzeiten unter einem Jahr, in Höhe von € 1.299.729,47 (Vorjahr € 1.370.720,44) Restlaufzeiten von über einem bis fünf Jahren. Im Vorjahr bestanden noch Verbindlichkeiten in Höhe von € 324.932,39 über fünf Jahre, diese wurden im Laufe des Jahres 2019 bezahlt. Verbindlichkeiten aus Steuern und sozialer Sicherheit waren nicht auszuweisen.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

<u>Zusammensetzung:</u>	2019	2018
	T€	T€
a) Erträge aus Vermietung und Verpachtung (Freilagerflächen und Erbbauzinsen)	4.261,1	4.257,9
b) aus Vergütung für Geschäftsbesorgung	322,0	322,0
c) aus Ufergeld	967,8	886,9
d) Erträge aus Gestattungen und Nutzungen	94,0	99,8
e) Erträge aus Übrigen Umsatzerlösen	3.055,5	3.120,9
	8.700,4	8.687,5

2. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält Erträge aus einer Förderung des Bundes gemäß Schienengüterfernverkehrsförderungsgesetz mit Zuwendungsbescheid vom 21.08.2018 in Höhe von T€ 91,0 (Vorjahr T€ 0,00), Auflösungen von Rückstellungen T€ 16,9 (Vorjahr T€ 102,9), Schadenersatz T€ 11,1 (Vorjahr T€ 14,6), sowie weitere Erträge in Höhe von T€ 18,0 (Vorjahr T€ 9,3).

3. Personalaufwand

Die Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung enthalten T€ 92,8 (Vorjahr T€ 97,2) Aufwendungen für Altersversorgung.

4. Wertberichtigungen auf Forderungen (Sonstige betriebliche Aufwendungen)

In 2019 ergaben sich keine Forderungsverluste. Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von T€ 2,9 (Vorjahr T€ 2,2) wurden neu gebildet.

5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aus der Aufzinsung von Rückstellungen resultiert ein Zinsaufwand in Höhe von T€ 4,1 (Vorjahr T€ 11,6).

V. Weitere Angaben

1. Aufsichtsrat

Herr Staatssekretär Andy Becht
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Vorsitzender

Ministerialdirigent Gerhard Harmeling
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Stellvertretender Vorsitzender

Leitender Ministerialrat Alexander Wieland
Ministerium der Finanzen, Mainz

Jürgen Vogel
Vertreter der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, Ludwigshafen am Rhein

Beigeordneter Andreas Schwarz
Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein

2. Geschäftsführer

Franz Josef Reindl, Kaufmann, Speyer

3. Gesamtbezüge Aufsichtsrat und Geschäftsführer

An den Aufsichtsrat wurden im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von € 4.500,00 geleistet.

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

4. Personal

Durchschnittlicher Personalstand während des Geschäftsjahres:

	2019	2018
Technisch-kaufmännisch Beschäftigte	20	21
Gewerblich Beschäftigte	16	16
Gesamtzahl der Mitarbeiter	36	37

5. Mittelbare Pensionsverpflichtungen aufgrund der Zusatzversorgung von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes

Die Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind Mitglied bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) in Karlsruhe. Bezüglich der Art und Ausgestaltung der Versorgungszusagen wird auf die aktuelle Satzung (Stand 26. Satzungsänderung November 2019) verwiesen. In 2019 betrug die Summe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter T€ 1.505,2. Die Höhe des Umlagesatzes beträgt seit dem 01.07.2017 8,26 Prozent. Hiervon haben die Mitarbeiter 1,81 Prozent zu tragen. Der von der Gesellschaft zu tragende Umlagesatz beträgt seitdem 6,45 %. Ab dem 01.01.2016 hat bezüglich des Sanierungsentgeltes ein neuer Deckungsabschnitt begonnen. Der individuelle Sanierungsentgeltsatz hat auch für 2019 0,00 Prozent betragen.

6. Anteile an Unternehmen

Es besteht eine Beteiligung von 20 % an der asensus GmbH Archiv und Logistik, Ludwigshafen. Das Unternehmen wird nach vorläufigen Zahlen zum 31.12.2019 voraussichtlich ein positives Jahresergebnis in Höhe von ca. T€ 20,0 ausweisen. Das Eigenkapital betrug zum 31.12.2018 T€ 226,1.

Es besteht eine Beteiligung von 17,5 % an der W.E.G. Wirtschafts Entwicklungs Gesellschaft Ludwigshafen am Rhein mbH, Ludwigshafen. Das Unternehmen wird nach vorläufigen Zahlen zum 31.12.2019 voraussichtlich ein Jahresergebnis in Höhe von T€ 0,0 ausweisen, denn es besteht ein Verlustausgleichsanspruch an die dortige Hauptgesellschafterin Stadt Ludwigshafen. Das Eigenkapital betrug zum 31.12.2019 T€ 512,0.

7. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

7.1 Darlehen der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) / Bundeskasse Düsseldorf

Zu den in den Angaben der Bilanz aufgeführten Verbindlichkeiten wird erklärt:

Die Gesellschaft hat auf dem ehemaligen Mietgelände der Aral AG im Kaiserwörthhafen eine Containerumschlaganlage errichtet. Diese Anlage wird von der GDWS-Münster mit Zuschüssen nach der Förderrichtlinie Kombiniertes Verkehr gefördert. Das gesamte Investitionsvolumen der Gesellschaft beträgt rund 33,4 Mio. €. Die Förderung beträgt gemäß den vorliegenden Zuwendungsbescheiden der GDWS rd. 33,2 Mio. €. Durch Auszahlung/Verrechnungen und Rückzahlungen beträgt der Auszahlungsstand der Zuschüsse inzwischen rd. 31,4 Mio.

Die Förderung wird i. H. v. 80 Prozent als nicht rückzahlbarer Baukostenzuschuss und 20 Prozent des Förderbetrages (rund 6,5 Mio. €) werden als zinsloses Darlehen gewährt, das in 20 gleichen Jahresraten bis zum Jahr 2024 jeweils zum 30. Juni zu tilgen ist. Die erste Rate der Tilgung war zum 30.06.2005 fällig und wird seitdem jährlich bezahlt.

Bis zum 31.12.2003 waren die abgerufenen Zuschussbeträge in voller Höhe eingegangen. Bis 2005 wurden von den nicht rückzahlbaren Zuschüssen rund 21,6 Mio. € auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten übertragen. Von der bis 2007 noch nicht übertragenen Restförderung in Höhe von rund 4,3 Mio. € wurden im Jahr 2008 rund 1,1 Mio. € an die Bundeskasse zurückbezahlt, um die Zinsbelastung möglichst niedrig zu halten. Die Einreichung der Abrechnungsunterlagen ist im ersten Halbjahr 2017 erfolgt. Unter Umständen können nach Prüfung der Abrechnung übertragungsfähige Zuschussanteile auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten anderer Wirtschaftsgüter übertragen werden. Sollten danach Mittel nicht zugeordnet sein oder Ausgaben von der GDWS als nicht förderfähig eingestuft werden, so sind diese verzinst an die Förderstelle zurückzuzahlen. Für die Zinsen wurde auf Grundlage einer Schätzung eine Rückstellung gebildet. Sie beträgt zum 31.12.2019 T€ 904,1. Die noch nicht übertragenen Mittel sind innerhalb der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Voraussetzung für die Förderung ist die Verpflichtung der Gesellschaft

- die Förderzuschüsse für die Errichtung dieser Containerumschlagsanlage einzusetzen;
- die Containerumschlagsanlage mindestens für die Dauer von 20 Jahren zu betreiben;
- die Förderzuschüsse zurückzuzahlen, sollte eine vorzeitige Schließung der Containerumschlagsanlage unumgänglich sein.

7.2 Verpflichtungen für erteilte Aufträge

Zum 31.12.2019 sind Aufträge mit einem noch nicht abgerechneten Auftragsvolumen in Höhe von T€ 366,9 erteilt. In Höhe von T€ 102,6 wurden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung und in Höhe von T€ 343,5 für ausstehende Rechnungen gebildet.

7.3 Pacht- und Überlassungsvertrag

Über die Überlassung der Hafenanlagen besteht mit dem Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den BLAW, ein Pacht- und Überlassungsvertrag, welcher im Laufe des Jahres 2015 geändert wurde. Nach diesem Vertrag, der mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende des Geschäftsjahres gekündigt werden kann, und der Organisationsverfügung vom 07.12.2017 für den BLAW, Ziffer 15, hat die Gesellschaft an den BLAW als Pacht zum einen eine Entschädigung in Höhe der normalen Abschreibungen auf die ihr pachtweise überlassenen Wirtschaftsgüter (mit Ausnahme der mit einem Festwert bewerteten Bahnanlagen und Straßen) und zum anderen 2,75% (bisher 6%) der Restbuchwerte sämtlicher pachtweise überlassenen Wirtschaftsgüter jährlich bis zum 30.06. des folgenden Jahres zu zahlen, soweit sie diese Beträge erwirtschaftet.

Die Abschreibungen auf die der Gesellschaft im Jahr 2019 überlassenen Wirtschaftsgüter (ohne die mit einem Festwert bewerteten Bahnanlagen und Straßen) betragen € 721.448,13 sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet. Die Restbuchwerte dieses Teils des Pachtanlagevermögens beliefen sich zum 31.12.2019 auf € 8.413.579,00.

		€	€
Die Verzinsung der Restbuchwerte des gesamten Pachtanlagevermögens zum 31.12.2018	von		21.621.296,78
zuzügl. der Hälfte der im Wirtschaftsjahr 2019 hinzugekommenen Wirtschaftsgüter	½ aus	309.245,13	154.622,57
abzüglich der Hälfte der Abgänge und Abschreibungen	½ aus	721.448,13	-360.724,07
			21.415.195,28

zu 2,75% ergibt einen Betrag von € 588.917,87 der gegenüber dem Gesellschafter in voller Höhe erwirtschaftet worden ist. Die Restbuchwerte des gesamten Pachtanlagevermögens zum 31.12.2019 betragen € 21.209.093,78.

7.4 Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag

Am 22.07.2002 wurde zwischen der Gesellschaft und dem BLAW (mit Sitz in Ludwigshafen) mit Wirkung ab 01.01.2002 ein Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, welcher im Geschäftsjahr 2019 angepasst wurde. Durch diesen Vertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, einen erwirtschafteten Jahresüberschuss an den BLAW abzuführen. Der BLAW als Organträger hat gegebenenfalls einen Jahresfehlbetrag zu übernehmen. Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von € 2.284.864,24 erwirtschaftet. Der Vertrag wurde für die Zeit bis 31.12.2007 fest abgeschlossen. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht vor Ablauf der Vertragsdauer gekündigt wird. Eine Kündigung ist bisher nicht erfolgt.

7.5 Folgen des Brandes einer Lagerhalle

Am 22.06.2013 ist die von dem Betrieb für Landeseigene Anlagen an Wasserstraßen (BLAW), Ludwigshafen, gepachtete Halle in der Hafenstr. 47 in Ludwigshafen vollständig abgebrannt. Dabei wurde auch die eigene Photovoltaikanlage auf dem Hallendach zerstört und das Dach des Nachbargebäudes Hafenstr. 49 beschädigt.

Gemäß den Vorgaben des Pacht- und Überlassungsvertrags mit dem BLAW haben die Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Gebäude gegen Brand-, Blitz- und Explosionsschäden zu versichern, was nach den inzwischen vorliegenden Erkenntnissen in entsprechender Höhe erfolgt ist. Die Versicherungserlöse müssen zur Wiederherstellung oder Neuherstellung des Gebäudes verwendet werden.

Die Brandrückstände wurden beseitigt, sodass eine sanierte Bodenplatte zur Wiederbebauung zur Verfügung steht. Die an die beteiligten Versicherungen weiterberechneten Beseitigungskosten wurden beglichen. Ebenso wurde von der Gebäudeversicherung der für 18 Monate vereinbarte Mietverlust vollständig bezahlt. Der für 12 Monate vereinbarte Ertragsausfall für die Photovoltaikanlage wurde auch komplett beglichen.

Es ist ein Ersatzanspruch für die Photovoltaikanlage in Höhe des Zeitwerts bezahlt worden. Für die zerstörte Halle konnte in einem Vergleich mit der Sachversicherung die „fiktive“ Schadenabrechnung vereinbart werden. Insgesamt wurde eine Gesamtentschädigung in Höhe von 11,5 Mio. € bezahlt.

Noch immer konnte keine alleinige Brandursache festgestellt werden, insofern zieht sich die Abwicklung der Haftpflichtschäden noch hin. Federführend ist bei der Abwicklung dieser Schäden die Haftpflichtversicherung der Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH. In Höhe der voraussichtlichen Eigenbeteiligung wurde bereits in der Vergangenheit eine Rückstellung in den Jahresabschluss eingestellt. Einige Klagen von Geschädigten sind noch anhängig. Inwieweit ein Regressausgleich nur innerhalb der beteiligten Haftpflichtversicherungen erfolgen wird oder ob unter Umständen die Gesellschaft noch in Anspruch genommen werden kann, lässt sich noch immer nicht abschätzen. Nach dem Ergebnis der polizeilichen Untersuchungen würde unter anderem auch ein technischer Defekt an einem montierten Wechselrichter als Ursache des Großbrandes in Betracht kommen. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurden abgeschlossen.

8. Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr 2019 sind Aufwendungen für die Abschlussprüfung (incl. Prüfung des Corporate Governance Bericht und Erstellung Bezügebericht) in Höhe von € 10.000,00 entstanden.

Ludwigshafen am Rhein, den 28. Februar 2020

Franz Josef Reindl
Geschäftsführer

ANLAGENSPIEGEL zum 31. Dezember 2019

Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein GmbH, 67061 Ludwigshafen am Rhein

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			Zuschreibungen		Buchwerte		
	Stand 01.01.2019 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Stand 31.12.2019 Euro	Umbuchungen Euro	Geschäftsjahr Euro	Stand 01.01.2019 Euro	Umbuchungen Euro	Geschäftsjahr Euro	Stand 31.12.2019 Euro	Stand 31.12.2018 Euro
A. Anlagevermögen											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	44.779,41	0,00	0,00	44.779,41	0,00	0,00	44.779,41	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	44.779,41	0,00	0,00	44.779,41	0,00	0,00	44.779,41	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.583.620,25	0,00	0,00	7.583.620,25	0,00	286.687,00	0,00	0,00	2.033.247,00	2.319.934,00	2.319.934,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.931.678,20	0,00	0,00	1.931.678,20	0,00	75.478,00	0,00	0,00	2.993,00	78.471,00	78.471,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.861.941,22	23.960,48	24.038,91	3.861.862,79	0,00	128.528,48	0,00	0,00	686.994,00	791.562,00	791.562,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	471.787,51	0,00	125.470,07	346.317,44	0,00	0,00	0,00	0,00	346.317,44	471.787,51	471.787,51
Summe Sachanlagen	13.849.027,18	23.960,48	149.508,98	13.723.478,68	0,00	490.693,48	0,00	0,00	3.069.551,44	3.661.754,51	3.661.754,51
III. Finanzanlagen											
1. Beteiligungen	99.600,00	0,00	0,00	99.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	99.600,00	99.600,00	99.600,00
Summe Finanzanlagen	99.600,00	0,00	0,00	99.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	99.600,00	99.600,00	99.600,00
Summe Anlagevermögen	13.993.406,59	23.960,48	149.508,98	13.867.858,09	0,00	490.693,48	0,00	0,00	3.169.151,44	3.761.354,51	3.761.354,51

**Hafenbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit
beschränkter Haftung (HLU), Ludwigshafen am Rhein**

Corporate Governance Bericht 2019

1. Public Corporate Governance Kodex (PCGK)

Der Ministerrat des Landes Rheinland-Pfalz hat am 03.12.2013 beschlossen, ab dem Jahr 2014 den PCGK für öffentliche Unternehmen mit Landesbeteiligung einzuführen.

Der Kodex enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen sowie national und international anerkannte Standards guter Unternehmensführung. Ziel ist es, mit den Vorgaben des Kodex die Unternehmensführung und die Unternehmensüberwachung transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Dabei soll die Rolle des Landes als Anteilseigner klarer gefasst und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Leitung und die Überwachung von Landesbeteiligungen gefördert werden.

Die HLU wendet auf der Grundlage von § 6 des Gesellschaftsvertrages den PCGK des Landes Rheinland-Pfalz an. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erstellen jährlich einen Corporate Governance Bericht (CGB).

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erklären, soweit nicht im nachfolgenden Text anders dargestellt, dass den Vorgaben und Empfehlungen des PCGK entsprochen wurde und wird.

Der CGB wird Anhang zum Jahresabschluss und im Rahmen der Abschlussprüfung vom Wirtschaftsprüfer geprüft.

Der CGB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

2. Gesellschafter

Die Gesellschafter der HLU sind das Land Rheinland-Pfalz (90 %) und die Stadt Ludwigshafen (10 %).

Zwischen der HLU und dem Betrieb Landeseigene Anlagen an Wasserstraßen (BLAW), Ludwigshafen am Rhein, besteht ein Organschafts- und Gewinnabführungsvertrag. Nach diesem Vertrag sind die Jahresüberschüsse der HLU jährlich an den BLAW abzuführen bzw. Jahresfehlbeträge von diesem auszugleichen. Die Rechte der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen wahrgenommen.

Die Gesellschafter beschließen insbesondere über:

- Bestellung und Abberufung des/der Geschäftsführer(s),
- Feststellung des Jahresabschlusses,
- Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
- Bestellung Wirtschaftsprüfer,
- Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages.

Im Jahr 2019 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt:

Sitzung am 02. Mai 2019

Feststellung Jahresabschluss 2018; Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2018; Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2019.

Sitzung am 05. Dezember 2019

Anpassung des zwischen der HLU und des BLAW bestehenden Organschafts- und Gewinnabführungsvertrages.

3. Geschäftsführung

Geschäftsführer der HLU ist Herr Franz Josef Reindl. Er ist zugleich Geschäftsführer der Hafенbetriebe Rheinland-Pfalz GmbH, Ludwigshafen am Rhein (HRP), sowie Leiter des BLAW.

Der Geschäftsführerdienstvertrag wurde vor Geltung des PCGK abgeschlossen und war bis zum 30. Juni 2019 befristet. Gemäß 4. Änderungsvertrag vom 25. April 2018 verlängert er sich ab dem 01.07.2019 um weitere 5 Jahre bis zum 30.06.2024.

Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeiten seit dem 01.07.2019 ein jährliches Festgehalt in Höhe von brutto 142.000,00 € zzgl. den Arbeitgeberanteilen für die VBL durch die HLU und eine erfolgsabhängige Tantieme von jährlich bis zu brutto 40.000,00 €.

Prokuristen sind die Herren Bernd Geiger und Robert Arndt.

Neben Organisations- und Dienstanweisungen gibt es einen Organisationsplan und ein Qualitätsmanagementhandbuch, welche regelmäßig kontrolliert und überarbeitet werden. Die Gesellschaft ist nach DIN EN ISO 9001 und 14001 zertifiziert.

Derzeit ist der Geschäftsführer ständiger Gast bei den Aufsichtsratssitzungen der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim mbH (HGM), Aufsichtsratsmitglied bei der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ludwigshafen mbH (WEG), ständiger Gast bei den Aufsichtsratssitzungen der Trierer Hafengesellschaft mbH (THG), Mitglied im Verkehrsausschuss Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Mitglied im Verkehrsausschuss der IHK- Pfalz, Senator im Senat der Wirtschaft Deutschland e. V., Mitglied im Präsidium im Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen e. V. (BöB), Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der rheinlandpfälzischen/saarländischen Binnenhäfen und Mitglied im Beirat VFKSV Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs e. V. Hamburg.

Der Prokurist Robert Arndt ist Aufsichtsratsmitglied bei der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ludwigshafen mbH (WEG).

Interessenkollisionen bestehen nicht.

4. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Zurzeit ist keine Frau als Aufsichtsrat bestellt.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

- Herr Andy Becht, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Mitglied und Vorsitzender)
- Herr Gerhard Harmeling, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Stellvertretender Vorsitzender)
- Herr Alexander Wieland, Ministerium der Finanzen (Mitglied)
- Herr Jürgen Vogel, IHK Pfalz (Mitglied)
- Herr Andreas Schwarz, Stadt Ludwigshafen (Mitglied) seit zum 01.01.2019

Weitere Tätigkeiten der derzeitigen Aufsichtsräte in anderen Aufsichtsgremien:

- Herr Andy Becht
 - Vorsitzender des Verwaltungsrates BLAW
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hafengebiete Rheinland-Pfalz GmbH
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Trierer Hafengesellschaft mbH
 - Vorsitzender des Beirates des LBM
 - Stellvertretendes Mitglied im Beirat Leiseres Mittelrheintal
 - Stellvertretendes Mitglied im Eisenbahninfrastrukturbeirat bei der Bundesnetzagentur

- Herr Gerhard Harmeling
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Trierer Hafengesellschaft mbH
 - Mitglied im Aufsichtsrat der Hafengebiete Rheinland-Pfalz GmbH
 - Mitglied des Verwaltungsrates BLAW

- Herr Alexander Wieland
 - Mitglied im Aufsichtsrat Trierer Hafengesellschaft mbH
 - Mitglied im Aufsichtsrat Hafengebiete Rheinland Pfalz GmbH
 - Mitglied des Verwaltungsrates BLAW

- Herr Jürgen Vogel
 - Mitglied im Beirat des Landesbetrieb Mobilität Rheinland Pfalz (LBM)
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der FSL Flugplatz Speyer/Ludwigshafen GmbH

- Herr Andreas Schwarz
 - Stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat Technologie Zentrum Ludwigshafen am Rhein GmbH
 - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Ludwigshafener Kongress- und Marketing- Gesellschaft mbH
 - Mitglied der Gesellschafterversammlung Lumedia Grundbesitz und Verwaltungs- GmbH

5. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Zwischen der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat besteht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Gesellschaft.

Im Jahr 2019 fanden insgesamt fünf Aufsichtsratssitzungen statt.

- **Sitzung am 01.04.2019:**
Gemeinsame Aufsichtsratssitzung mit dem Aufsichtsrat der HGM.

- **Sitzung am 02.05.2019:**
Empfehlung an die Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2018 festzustellen, den Geschäftsführer zu entlasten und die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Alltreu Revision & Treuhand GmbH, Ludwigshafen, als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2019.
Bericht laufendes Geschäftsjahr durch die Geschäftsführung.
Grundsatzvereinbarung und rechtliche Auseinandersetzung Brandfläche mit der Stadt Ludwigshafen.
Leitfaden Compliance

- **Sitzung am 26.06.2019:**
Bericht laufendes Geschäftsjahr durch die Geschäftsführung.
Bericht des Geschäftsführers zu laufenden Themen mit der Stadt Ludwigshafen.
Dienstanweisung
Geschäftsordnung für den Geschäftsführer
Asensus Jahresabschluss Klärung offener Fragen
- **Sitzung am 28.08.2019:**
Bericht laufendes Geschäftsjahr durch die Geschäftsführung.
Grundlagenuntersuchung zu den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen.
Bericht des Geschäftsführers zu laufenden Themen mit der Stadt Ludwigshafen.
- **Sitzung am 28.11.2019:**
Bericht laufendes Geschäftsjahr durch die Geschäftsführung.
Wirtschaftsplan 2020 und Vorschau 2021.
Anpassung des Organ- und Gewinnabführungsvertrages
Auswirkung strategischer Ausrichtung auf Landeshäfen
Zwischenbericht über Maßnahmen zur Optimierung der Verfahren und Abläufe zwischen dem BLAW und den Hafengesellschaften.
Zielvereinbarung 2020 mit der Geschäftsführung

Zusätzlich berichtet die Geschäftsführung über wichtige Entwicklungen auch zwischen den Gremiensitzungen.

Der Geschäftsführer holte Zustimmungen des Aufsichtsrates vor der Vornahme von Geschäften grundsätzlicher Bedeutung ein.

Bei der HLU besteht eine D & O Versicherung.

Die HLU gewährte keine Kredite an den Geschäftsführer oder an die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Zum Ende eines Jahres erstellt die Geschäftsführung jeweils für das folgende Jahr einen Wirtschaftsplan und legt diesen dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vor. Eine Vorschau für das darauffolgende Wirtschaftsjahr wird ebenso erstellt.

6. Transparenz

Im Jahr 2019 hatte die Gesellschaft durchschnittlich 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind 30 in Vollzeit und 6 in Teilzeit beschäftigt, 11 Personen sind weiblich, was einer Frauenquote von 31 % entspricht.

Auf den ersten drei Führungsebenen (Geschäftsführer, Prokuristen, Abteilungsleiter) sind keine Frauen vertreten.

Der Geschäftsführer der HLU erhielt in 2019 eine Gesamtvergütung von brutto 202.282,07 €. Diese setzt sich zusammen aus einer Grundvergütung von 157.102,44 €, einer erfolgsabhängigen Vergütung von 40.000,00 € und sonstigen geldwerten Vorteilen von 5.179,63 €.

Vergütungen/Aufwandsentschädigungen Dritter für Tätigkeiten in den genannten Gremien werden nicht an den Geschäftsführer, sondern direkt an die Gesellschaft geleistet.

Eine Ruhegehaltszusage liegt nicht vor.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten pro Sitzung ein Sitzungsgeld von 100,00 € und eine Jahresvergütung von 500,00 €.

Das Aufsichtsratsmitglied Wieland nahm an allen fünf Aufsichtsratssitzungen teil. Die Aufsichtsratsmitglieder Becht, Harmeling und Vogel nahmen an vier Aufsichtsratssitzungen teil. Das Aufsichtsratsmitglied Schwarz nahm an drei Aufsichtsratssitzungen teil.

Es haben sich folgende Gesamtvergütungen für 2019 ergeben:

- Herr Becht 900,00 €
- Herr Harmeling 900,00 €
- Herr Wieland 1.000,00 €
- Herr Vogel 900,00 €
- Herr Schwarz 0,00 € *

**Die Vergütung in Höhe von 800,00 € wird seitens der Gesellschaft direkt an die Stadtkasse Ludwigshafen bezahlt.*

Weitergehende Vergütungen oder sonstige geldwerte Vorteile an den Aufsichtsrat sind im Geschäftsjahr 2019 nicht gewährt worden.

7. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2019 wird im I. Quartal 2020 aufgestellt und soll auch noch im I. Quartal 2020 geprüft werden.

Eine interne Revisionsstelle wurde aufgrund der überschaubaren Unternehmensgröße bisher nicht eingerichtet. Die designierte Compliance Beauftragte ist Frau Nina Marzioch, Angestellte der HLU.

8. Abschlussprüfung

Die Erklärung über die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer wurde abgegeben und die Bescheinigung über die Teilnahme an der Qualitätskontrolle gemäß § 57 a Wirtschaftsprüferordnung liegt vor.

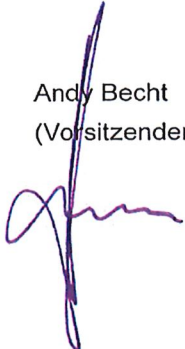
Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ALLTREU Revision & Treuhand GmbH, Ludwigshafen, wurde mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 beauftragt.

Die Beauftragung umfasst auch die Erstellung von Berichten über die Bezüge des Geschäftsführers, der leitenden Angestellten und der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Ludwigshafen, den 16. März 2020



Franz Josef Reindl
(Geschäftsführer)



Andy Becht
(Vorsitzender Aufsichtsrat)